

Droht unserer Heimatstadt die Überschuldung?

Haushaltsdefizit soll auf eine viertel Milliarde Euro steigen

Unser städtischer Haushalt befindet sich spätestens seit dem Amtsantritt von Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann in einer tiefen Krise. Eintausend Stadtbedienstete, darunter rund 270 Beamte, haben mit ihren Dienstleistungen an den Bürgern dieser Stadt, aber auch mit ihren Vorschriften, Gesetzen und anderem Regelungsinventar bis heute 100 Millionen Euro Schulden angehäuft. Das bedeutet, dass rechnerisch jeder Einwohner, vom Kleinkind bis zum Greis, mit rund 1.500 Euro verschuldet ist.

Auf astronomische 134.951.000 Euro Schulden wird sich das Defizit am Jahresende summiert haben. Und nur drei Jahre später soll die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben in unserer Stadt sogar auf rund eine viertel Milliarde Euro (240.144.700 Euro) angestiegen sein. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von etwa 3.700 Euro.

Das Horrorszenario unserer städtischen Finanzen ist untrennbar mit der Amtszeit der CDU-Oberbürgermeisterin verbunden und sollte bei der Bewertung ihrer „Erfolge“ berücksichtigt werden. Einem Abwärtsstrudel gleich, kommen 2009 neben den „alten Schulden“ wiederum „neue“ in Höhe von rund 28 Millionen Euro dazu. Dieses sogenannte strukturelle Defizit steigt gegenüber dem Vorjahr sogar noch an.

Bei allen Fortschritten im öffentlichen Erscheinungsbild unserer Stadt wächst der Sanierungsstau an unseren Schulen, Kitas und öffentlichen Einrichtungen, an unseren Wegen und Straßen seit Jahren und hat inzwischen schwindelerregende Höhen erreicht.

Einerseits werden heute der kreisfreien Stadt Brandenburg an der Havel nicht einmal 90 Prozent der aus unserer Sicht für die öffentliche Daseinsvorsorge und zur oberzentralen Aufgabenerfüllung notwendigen Mittel für ihre Finanzausstattung zur Verfügung gestellt.

Auf der anderen Seite lebt in unserer hoch verschuldeten Stadt ein Drittel der Bürger von Arbeitslosengeld, Hartz IV oder in prekären Arbeitsverhältnissen. Die Kinderarmut liegt in Brandenburg auf dem erschreckend hohen Niveau von 37 Prozent. Die Stadt hat in den zurückliegenden 20 Jahren über 25.000 Einwohner verloren und dieser Schrumpfungsprozess konnte bis heute nicht gestoppt werden.

Eine Folge davon sind die in unserer Stadt geradezu explodierenden Ausgaben im Bereich der sozialen Sicherung. Hatte vor zehn Jahren noch ein Steuerzuschuss von rund 30 Millionen Euro ausgereicht um die erforderlichen Leistungen der Sozial- und Jugendhilfe und sonstige soziale Leistungen abzugelten, wird heute ein Zuschuss von über 70 Millionen Euro - 4,5 Millionen Euro mehr als 2008 - erwartet.

Besser als mit diesen Haushaltszahlen kann auch kein Linker die sozioökonomische Entwicklung eines breiten Bevölkerungskreises in unserer Havelstadt dokumentieren. Zusätzliche Gestaltungsspielräume lassen sich fast nur noch durch den Verkauf vom sogenannten „Tafelsilber“ eröffnen.

Dies geschah letztmalig in größerem Stil 2007 mit den 1.770 städtischen Wohnungen, die zur kommunalen Wohnungsgesellschaft „Wofü“ ge-

hört, und deren Veräußerung der Stadt bei einem Preis von 47,5 Millionen Euro mehr als 10 Millionen Euro zusätzliche Liquidität sicherte, die unter anderem zur Sanierung der Innenstadt eingesetzt wurden. Natürlich könnten auf diese Art weitere politische Prestigevorhaben realisiert werden. Die Stadt hat ja noch ein paar tausend Wohnungen, sogar das städtische Klinikum oder die Stadtwerke. DIE LINKE setzt in dieser Situation jedoch auf Nachhaltigkeit. Sie würde so-

gar für einen Rückkauf ehemals veräußerter Anteile an den Stadtwerken stimmen. Investitionen aus dem Vermögenshaushalt sollten sich überwiegend kosten- und damit haushaltsentlastend auswirken. Eine Kreditaufnahme zur energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude, wie zum Beispiel unserer Schulen, die die Reduzierung der Betriebskosten zum Ziel hat, ist auch weiterhin sinnvoll. Mit Investitionen in die Bildung erspart man sich Folgekosten. Auch der Einsatz

zusätzlicher Mittel aus dem Konjunkturpaket ist unter dem Aspekt der langfristigen Haushaltssicherung zu planen.

DIE LINKE trat zur Kommunalwahl 2008 unter der Losung ORIGINAL SOZIAL an. Gemeinsam mit der Beigeordneten, zuständig für Soziales, Jugend, Kultur, Sport und Bildung, Birgit Hübner (DIE LINKE), stellt sich die elfköpfige Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung den aktuellen Herausforderungen. A. F.

Meinung zur PPP

Mode finanzschwacher Kommunen

Öffentlich Private Partnerschaft (ÖPP) oder Public Private Partnership (PPP), heißt das neueste Zauberwort für finanzschwache Kommunen. Damit soll durch private Investoren erreicht werden, was die öffentliche Hand nicht leisten will. In unserer Stadt heißt dies konkret, dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen an einigen Schulen vorzunehmen. In den Ausschüssen der SVV konnte man sich bei diesem Thema dem Gefühl nicht erwehren, dass man Gast auf einer Verkaufsveranstaltung war. Verkürzt wurde darge-



stellt, wie toll mit PPP alles werden würde und das alles ohne Risiken und Gefahren für die Stadt. Da fragt man sich schon, warum man erst jetzt darauf gekommen ist. Vergessen wurde zu erwähnen, dass beispielsweise der bayrische Rechnungshof 2006 bei der Prüfung von PPP-Modellen sinngemäß zu dem Fazit kam, dass, wenn die öffentliche Hand das geplante Geld für PPP in die Hand nehmen würde, sie genauso preiswert bauen könnte. Dies ist in dem Fall unserer Stadt nicht möglich, weil die Kommunalaufsicht solch einen Kredit wahrscheinlich nicht genehmigen würde. Bei PPP-Projekten, wo genau das gleiche passiert, nur der Kredit sozusagen in Raten abgezahlt wird, sieht es die Kommunalaufsicht nicht so eng. Warum nur? Wo blindes Vertrauen und Gläubigkeit an Banken und Beratungsfirmen hinführt, können wir alle gerade in der aktuellen Finanzkrise erleben.

R. K.

1/2009

Überschuldung Seite 1

Haushaltsdefizit steigt

Meinung Seite 1

Kinderarmut Seite 2

Kein Einzelfall

Volksbegehren Seite 2

Verpasste Gelegenheit

Porträt Seite 3

René Kretzschmar

Finanzkrise Seite 4

Ursachen

Millionen Seite 4

Wer spendet

Gesundheit Seite 5

Fauler Kompromiss

Grüne Woche Seite 5

Zu viel Fleisch

PPP-Projekte Seite 6

Schulsanierung

Poliklinik Seite 6

Ärztkonzentration

Nešković Seite 7

Freiheitsrechte

Rente Seite 7

Arm im Alter?

Krisenzahlung? Seite 7

Großdemo in Berlin

Empfang Seite 8

LINKE im Bürgerhaus

Kinderarmut in Deutschland

Per Gesetz verfassungswidrig

DIE LINKE begrüßt die Entscheidung des Bundessozialgerichts, nach der die Hartz-IV-Regelleistungen für Kinder gegen das Grundgesetz verstoßen.

Das ist eine Ohrfeige für die Regierungen Merkel und Schröder. Nachdem die soziale Realität von Hartz IV in den Gerichten zur Kenntnis genommen wird, fehlt diese Einsicht nur noch auf Seiten der Bundesregierung. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) - ihren Regierungskollegen manchmal weit voraus - forderte jüngst den Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) auf, er möge einen am Kindesbedarf orientierten Regelsatz für Kinder errechnen lassen - und sie hat Recht. Nur einen Tag später - im Kabinett - wurde sie von ihren Kollegen eingeholt und interessierte sich

nicht mehr für ihr Geschwätz von gestern.

Für einen kurzen Moment hatte sie begriffen, dass die Verfassungswidrigkeit der Ermittlung von Kinderregelsätzen in Hartz IV sonst bald auch vom Bundesverfassungsgericht bestätigt werden wird. Eine Karlsruher Blamage bliebe der Bundesregierung nur dann erspart, wenn sie umgehend reagiert und dem spezifischen Bedarf von Kindern endlich Rechnung trägt, so wie es DIE LINKE seit langem fordert.

Denn Kinder sind eine eigenständige Bevölkerungsgruppe mit eigenem Bedarf. Die geringfügige Anhebung der Regelleistungen nach SGB II bzw. XII für 6- bis 13-jährige Kinder im Konjunkturpaket II ist dafür nicht ausreichend, auch wenn Scholz dies behauptet. Diese Erhöhung ist eine noble Geste der Bundes-

regierung - mehr aber nicht. Kinder und Jugendliche unter 6 und über 13 Jahre in Hartz IV gehen durch die Beschlüsse des Konjunkturprogramms fast leer aus. Eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche ist durch das Konjunkturpaket nicht gelungen. Auch der Auftrag des Bundesrates, darin aktiv zu werden, bleibt unerfüllt.

Es wird Zeit zu handeln! Bis die Bundesregierung dem durch eine transparente Ermittlung des Kindesbedarfs gerecht wird, sollte sich eine altersspezifische Bedarfsermittlung für Kinder und Jugendliche an dem orientieren, was der Paritätische Gesamtverband vorgelegt hat. Demnach müssen bis 5-Jährige 276 Euro und 6- bis 13-Jährige 332 Euro statt bisher 211 Euro erhalten, während

14- bis 17-Jährige 358 Euro statt 281 Euro bekommen sollten. Erforderlich ist zudem eine sofortige Anhebung des Eckregelsatzes auf 435 Euro und dessen regelmäßige Anpassung entsprechend der Preisentwicklung. Für ein

menschenwürdiges Leben der Familien hält DIE LINKE eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung für unentbehrlich.

Diana Golze, Kinder- und Jugendpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE



Kinderarmut wird auch in Deutschland zum Thema

Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“

Nach Volksbegehren nicht die Hände in den Schoß legen, sondern weiter kämpfen

Das Volksbegehren „Keine neuen Tagebaue“ im Land Brandenburg endete am 9. Februar. Die Initiative konnte die erforderlichen 80.000 Unterschriften leider nicht erreichen. Unter dem Strich haben sich landesweit 25.612 Brandenburgerinnen und Brandenburger für das Volksbegehren eingetragen, darunter 615 aus Brandenburg an der Havel. Ihnen gilt ein Dank für ihr klares Bekenntnis für eine neue, zukunftsorientierte Energiepolitik, die auf zunehmenden Einsatz erneuerbarer Energien, steigende Energieeffizienz, Energieeinsparung und den mittelfristigen Ausstieg aus der Verstromung

von Braunkohle bis 2050 begründet ist. Umfragen zufolge befürworteten etwa zwei Drittel der Brandenburger Bevölkerung den mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung. Das haben auch zahlreiche Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern in Brandenburg an der Havel bestätigt. Mit elf Informationsständen und mehr als 13.000 verteilten Info-Flyern, hat der Stadtverband der Linken auf die dringend notwendige Wende in der Energiepolitik der Landesregierung aufmerksam gemacht. Deutlich wurde, dass viele Menschen noch zu wenig über den Weg hin zu einer sozial gerechten,

ökologisch verträglichen und nachhaltigen Energiepolitik informiert sind. Das Volksbegehren hat ein zunehmendes Interesse an diesem brisanten Thema geweckt. Es hat zum Nachdenken angeregt und die Bereitschaft gefördert, sich damit auseinander zu setzen. Allein deswegen haben sich das Engagement und der Einsatz gelohnt, denn der Kampf für einen wirksamen Umweltschutz endet nicht mit dem Volksbegehren. Ein landesweites Problem des Volksbegehrens bestand in den nur schwer überwindbaren Hürden, die von Amts wegen errichtet wurden. Die Eintragung in die Unterschriftenlisten war nur unter erschwerten Bedingungen möglich, da sich die Bürgerinnen und Bürger bisher nur auf Ämtern eintragen dürfen. Dies war teilweise mit langen Fahrtwegen verbunden. In unserer Stadt hielten die zwei zu „erklimmenden“ Etagen am Katharinenkirchplatz und am Gallberg viele, vor allem ältere und behinderte Menschen, davon ab, sich trotz

Zustimmung zum Volksbegehren, in die Listen einzutragen. Die immer wieder geäußerte Bitte, Möglichkeiten zur Unterschriftenleistung in den Erdgeschoss zu schaffen, wurde von der Stadtverwaltung nicht erhört. Brandenburg gehört zu den Ländern, bei denen eine „Amtseintragung“ vorgeschrieben ist, die zu einem „Volksbegehrens-Killer“ wird. In Berlin und weiteren Bundesländern ist hingegen die „Freie Sammlung“ von Unterschriften möglich. Brandenburg ist das einzige ostdeutsche Bundesland, das sich dem verschließt und an einem Relikt festhält. Wir brauchen mehr direkte Demokratie, um künftig nicht mehr als direktdemokratisches Entwicklungsland zu gelten. Mit Blick auf die nächste Legislaturperiode geht es nunmehr um die Fortsetzung des Energiedialogs, um die notwendige Wende - hin zur verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien - heute und für unsere nachfolgenden Generationen sozial verantwortungsbewusst zu gestalten.

Was können Sie persönlich als nächstes tun?

- Wechseln Sie zu einem Öko-Stromanbieter. Das muss nicht teurer sein, ist aber das wirksamste Mittel gegen die Produktion von umweltverschmutzendem Braunkohlestrom.

- Nutzen Sie die Landtagswahl 2009 in Brandenburg, um für eine klimafreundliche Politik abzustimmen.

- Unterstützen Sie die Umweltverbände bei ihrer Arbeit. Bleiben Sie aktiv und informieren Sie sich über weitere Entwicklungen.

Verfolgen Sie den Verlauf des Planverfahrens, das sich noch die nächsten 5 bis 7 Jahre ziehen wird und das zahlreiche Interventionsmöglichkeiten bietet.

B. M.



Kohlosaurus in der Innenstadt von Brandenburg an der Havel

Wir stellen
vor:

Landtagskandidat René Kretzschmar

Vorsitzender des Stadtverbandes der „LINKEN“

Als vor der Kommunalwahl im vergangenen Jahr Plakate mit René Kretzschmars Bild in unserer Stadt hingen, hätten ihn seine früheren Klassenkameraden und Nachbarn wiedererkennen können. Schließlich wurde er vor fast 30 Jahren hier geboren. Doch die meisten seiner Schulfreunde mussten wegziehen um eine bessere Perspektive zu haben. René Kretzschmar blieb. Er machte eine Maurerlehre, arbeitete als LKW-Fahrer und lernte hier seine Lebensgefährtin kennen. Dann überlegte er, wie er zu besseren Lebensperspektiven kommen könnte, ohne wegziehen zu müssen. Für ihn hieß das: das Abitur nachholen und ein Studium der Politikwissenschaften absolvieren. Für die Stadt und ihre Einwohner bringt er sich engagiert ein, will etwas bewegen.

Interessiert hat er sich schon in der Schule für Politik. Durch Freunde kam er in die AG „Junge GenossInnen“. Viele Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus gab es da. So ist er in die PDS hineingewachsen, wurde 1998 ihr Mitglied. Weil er gute Ideen hat und zuverlässig ist, gehört er seit acht Jahren dem Stadtvorstand der Partei an. Seit eineinhalb Jahren ist er der Vorsitzende seines Stadtverbandes. Damit ist er nicht nur der jüngste Parteivorsitzende in der Havelstadt, sondern auch weit darüber hinaus. Als Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung erhielt er sehr viele Stimmen und ist seit vergangem Jahr Stadtverordneter der „LINKEN“. Er setzt sich dafür ein, dass unsere Stadt eine Zukunft hat und junge Menschen gern hier bleiben.

Nicht nur wegen der optimalen Anbindung an Potsdam und Berlin, sondern weil sie hier ein wunderbares Kultur- und Erholungsangebot haben und sich wohl fühlen. Bei allen politischen Meinungsverschiedenheiten sollte man konstruktiv miteinander streiten um sinnvolle Lösungen zu finden, ist sein Credo. So gefiel ihm der Umgang der Stadtverwaltung mit dem Investor Edeka nicht. Auf Beschluss der Stadtverordneten wurde nun der Weg für die Ansiedlung eines Edeka-Marktes in der Neuendorfer Straße freigemacht. Aber auch das ist sein Anliegen: Deutlich zu machen, dass die LINKEN alternative Vorschläge zur Finanzkrise haben. Früher getroffene Entscheidungen gaben den Banken zu viel Macht, aber die Politik muss bestimmen, wo es langgeht. „Unser Kon-

zept nützt dem Großteil der Bevölkerung, das müssen wir deutlich machen“, sagt er und verweist darauf, dass das Konjunkturpaket ein vernünftiges Grundeinkommen für alle Deutschen für mehrere Jahre bedeuten würde. Mit dem Jahr 2009 hat ein ausgesprochenes Wahljahr begonnen. Wenn am 27. September der Landtag gewählt wird, werden wir René Kretzschmar wieder auf der Kandidatenliste der LINKEN finden. Seine Chancen, als einer der jüngsten Abgeordneten in den Potsdamer Landtag einzuziehen, stehen gut. Mit welchen Vorstellungen er in den Wahlkampf geht? „Es kann nicht angehen, dass das Land Brandenburg bundesweit pro Kind am wenigsten Geld für die Bildung ausgibt“, sagt er und verweist auf die zunehmende Kinderarmut. Die Schere zwischen Arm



Ein Brandenburger für Brandenburg an der Havel: René Kretzschmar

und Reich klappt immer weiter auseinander. Daher will er sich mit ganzer Kraft für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen. Schließlich ist „Original sozial“ keine Worthülse, sondern die Richtschnur für die LINKE und damit René Kretzschmar. E. A.

Interview mit dem Landtagskandidaten

Das Ziel ist das Direktmandat bei der Landtagswahl im September

Frage: Herr Kretzschmar, Sie sind 29 Jahre alt, Vorsitzender des Stadtverbandes der LINKEN, Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, in drei Ausschüssen und kandidieren für die Landtagswahl im September. Warum engagieren Sie sich im Unterschied zu vielen Ihrer Altersgenossen politisch? **Antwort:** Weil man selbst aktiv werden muss, wenn man etwas verändern will. Das kann man entweder in Parteien tun, wofür ich mich entschieden habe oder in Vereinen wie der „Jugendkulturfabrik“ zum Beispiel. Generell habe ich das Gefühl, dass die Jugend heute unpolitischer ist als Ende der 90er Jahre. Das ist traurig. **Frage:** Was glauben Sie, woran dieses Desinteresse an Politik und die mangelnde Bereitschaft, selbst aktiv zu werden, liegt? **Antwort:** Ich denke, das liegt vor allem an dem Gefühl, dass „ich eh nichts verändern kann“. Ich halte das aber für eine sich selbst erfüllende Prophezeiung. Aus meiner mehrjährigen Erfahrung in der Kommunal-

politik kann ich sagen, dass es zwar schwer, aber möglich ist, etwas zu verändern. Man rennt gegen viele Mauern und braucht einen langen Atem. Aber wer bereit ist, sich einzubringen, kann sehr wohl etwas bewegen. **Frage:** Wenn Sie zurück blicken, was haben Sie zusammen mit Ihrer Partei in den letzten Jahren erreichen können? **Antwort:** Wir haben erreicht, dass über Themen wie soziale Gerechtigkeit diskutiert wird. Trotz knapper Kassen wurden soziale Leistungen erhalten, zum Teil sogar ausgebaut. Ich denke da zum Beispiel an den „Familienpass“ für sozial Schwache. Dieser wurde auf Betreiben unserer Beigeordneten Birgit Hübner erweitert. Auch wäre das Bürgerhaus in Hohenstücken aus meiner Sicht nicht ohne uns entstanden. Bis zur Eröffnung vor etwa eineinhalb Jahren mussten viele „Klippen umschiffen“ werden. **Frage:** Sie haben Maurer gelernt, als LKW-Fahrer für eine Spedition gearbeitet und sich dann entschieden das

Abitur nachzuholen und Politikwissenschaften zu studieren. Warum? Wie läuft das Studium? **Antwort:** Ich habe mich bewusst für ein Studium der Politikwissenschaften und Pädagogik entschieden, weil man damit ein breites Feld an Arbeitsmöglichkeiten hat und mit vielen Menschen in Berührung kommt. In diesem Sommer schreibe ich dann meine Magisterarbeit. **Frage:** Im Herbst gibt es zur Landtagswahl eine Wiederholung des Wahlkampfes zwischen Ralf Holzschuher (SPD), Walter Paaschen (CDU) und Ihnen. Vor vier Jahren sind Sie mit weniger als 900 Stimmen Unterschied knapp hinter Holzschuher, aber deutlich vor Paaschen gelangt. Welches Ziel stellen Sie sich für die kommende Wahl? **Antwort:** Mein Ziel, wenn ich der Direktkandidat werde, und das Ziel meiner Partei ist ganz klar: die knapp 900 Stimmen, die Herr Holzschuher vor vier Jahren vorn lag, für die LINKEN zu holen, das Direktmandat zu gewinnen und in den nächsten Landtag ein-

zuziehen. **Frage:** Wie würde sich Ihr Leben ändern, wenn Sie in den Landtag gewählt werden? **Antwort:** Als Vollzeitpolitiker könnte ich mich noch intensiver mit den Anliegen der Bürger und Bürgerinnen auseinandersetzen als ich dies als ehrenamtlicher Politiker kann. **Frage:** Wie wird der Wahlkampf Ihrer Meinung nach aussehen? **Antwort:** Auf jeden Fall anders als bei den letzten Wahlen. Denn die Landtagswahl am 27. September fällt mit der Bundestagswahl zusammen, bei der der amtierende Außenminister Frank-Walter Steinmeier antritt. Wir werden daher auf jeden Fall eine hohe überregionale mediale Aufmerksamkeit haben. Zugleich ist es eine Chance klarzumachen, dass wir für eine andere Politik stehen. **Frage:** Inwiefern? **Antwort:** Herr Steinmeier steht für die aus unserer Sicht gescheiterte „Agenda 2010“ und für Kriegseinsätze mit deutschen Soldaten außerhalb Deutschlands. Hier sind wir deut-

lich anderer Meinung, denn Kriegseinsätze schaffen niemals Frieden. **Frage:** Wie stehen Sie zum Thema Mindestlohn? **Antwort:** Wir brauchen einen einheitlich gültigen Mindestlohn von mindestens acht Euro pro Stunde. In den meisten europäischen Ländern, selbst in Großbritannien, gibt es einen solchen Mindestlohn. Das Argument, dass dadurch massenhaft Menschen entlassen werden, halten wir für nicht zutreffend. Durch die Einführung eines Mindestlohnes für alle würden wir auch die vielen sogenannten „Aufstocker“ reduzieren. Das sind Menschen, die so wenig verdienen, dass sie trotz eines Arbeitsplatzes ergänzende Hartz-IV-Leistungen beziehen müssen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Wer arbeitet, muss davon auch leben können. **Vielen Dank!** Wer Fragen oder Anregungen an René Kretzschmar hat, erreicht ihn in der Geschäftsstelle der „LINKEN“, Altstadtischer Markt 2, Telefon: 03381 - 224733 oder per E-Mail: Rene.Kretzschmar@dielinke-stadt-brb.de. Die wichtigsten Fragen werden wir in der nächsten Ausgabe beantworten.

Das Geld wird knapp!

Ursachen und Auswirkungen der internationalen Finanzkrise

Es ist verrückt, aber weil in Amerika viele Häuslebauer ihre Kredite nicht mehr zurückerzahlen können, steigt bei uns die Arbeitslosigkeit. Warum ist das so? Was können wir dagegen tun? Um die Fragen zu beantworten, muss der Zweck des Geldes erklärt werden und die Frage, wie es entsteht.

Geld ist nicht einfach ein Tauschmittel. Geld ist heute in erster Linie eine Schuld-

einfach umgebucht.

Das zeigt vereinfacht, dass die Bank das Geld gar nicht haben musste als sie es verliehen hat. Sie hat das Geld einfach geschaffen. Der Fachbegriff lautet: Geldschöpfung. Sie braucht die Summe nicht als Bargeld vorzuweisen, es muss auch nicht in anderer Form vollständig hinterlegt werden. Es gibt zwar Mindestmengen, die als Mindesteinlagen bei der Zentralbank vorgehalten werden müssen,

für Häuser vergeben. Jetzt haben die Banken aber nicht gewartet, bis die Häuslebauer ihre Kredite zurückerzahlen und die Bank einfach die Zinsen kassiert, nein, sie haben diese Forderungen in Pakete zusammengefasst und verkauft, an nationale und internationale Investmentbanken. Diese Anlagen galten als sicher, als Sicherheit dienten ja Immobilien in den USA.

Weil das Kreditgeschäft allein nicht genug Rendite versprach, wurden aus den „Schuldscheinen“ weitere künstliche Wertpapiere geschaffen. Durch den schnellen Kauf und Verkauf dieser Papiere ist in relativ kurzer Zeit viel Geld und damit Gewinn geschaffen worden. Da aber immer mehr vermeintliche Hausbesitzer ihre Kredite nicht mehr bezahlen konnten, bröckelten die Sicherheiten. Die vielen Häuser auf dem amerikanischen Markt ließen die Preise ins Bodenlose sinken, damit waren die darauf aufbauenden Papiere wertlos.

Viele Banken mussten die Buchwerte abschreiben, das heißt, sie hatten plötzlich sehr viel weniger in den Büchern stehen. Das Geld ist weg. Vernichtet wie es geschaffen wurde.

Wenn der Staat oder die Staatengemeinschaft zulässt, dass Banken die Geldmenge mit immer trickreicheren Finanzmodellen international nach oben treiben können und zusieht wie die Finanzwirtschaft zu einem eigenen Wirtschaftszweig wird, der weit von der Dienstleistungsfunktion für die Realwirtschaft weg ist, dann provoziert sie fahrlässig Finanzkrisen. Es ist ja nicht die erste.

Jetzt vertrauen sich die Banken untereinander nicht mehr. Die Angst, bei einem Kreditgeschäft faule Sicherheiten untergejubelt zu bekommen, ist groß. Das lässt die Realwirtschaft stocken, Kredite werden teurer oder sind überhaupt nicht mehr

zu bekommen. Es gibt weniger Investitionen.

Auch der private Verbrauch geht zurück, viele Bürger dieser schönen neuen Kapitalwelt haben ihre Altersversorgung „gewinnbringend“ angelegt und sind dabei in die Risikofalle getappt. Das Geld ist vielfach futsch. Diese Verlierer der Finanzkrise kaufen sich jetzt natürlich keinen Mercedes, BMW oder

einfach auf den Steuerzahler verschoben.

Am Banksystem wird nichts verändert. Auch wenn die Commerzbank langsam zum volkseigenen Betrieb wird, die Staatsbeteiligung nutzt nichts, wenn nicht grundsätzlich über die Aufgabe von Banken und Finanzdienstleistern nachgedacht wird. Der Traum vom sich selbst vermehrenden Geld wird uns



verschreibung. Denn das, was wir in unserem Portmonee umhertragen, ist nur ein kleiner Teil des existierenden Geldes. Das meiste Geld ist sogenanntes Buchgeld. Geld also, das nur in Büchern existiert. Jeder kennt das: Das Guthaben auf dem Sparsbuch muss in der Sparkasse nicht als Bargeld vorhanden sein. Dieses Geld wird in der Regel verliehen, als Kredit an andere Kunden, so hat man uns das in der Schule gelehrt. Aber die Bank verleiht auch

aber das sind in der Eurozone gerade mal zwei Prozent der insgesamt vergebenen Kreditsumme. Ist der Autohändler bei einer anderen Bank, wird die Schuld einfach weiterverliehen. Deshalb müssen sich die Banken ständig untereinander Geld borgen.

Das so geschöpfte Geld wird regelmäßig wieder vernichtet, wenn der Kredit zurückbezahlt wird. Dann steht das Geld nicht mehr in ihren Büchern. Der Kontostand des Kunden ist null. Vorher hatte

„Der Vorgang, mit dem Banken Geld erzeugen, ist so simpel, dass der Geist ihn kaum fassen kann.“

John Kenneth Galbraith,
Ökonom und Sozialkritiker 1908 - 2006

Geld, das sie gar nicht hat. Sie verleiht nämlich viel mehr als ihre Kunden auf dem Konto haben.

Wenn eine Bank einen Kredit vergibt, wird das Geld auf dem Konto des Kunden gutgeschrieben, im Gegenzug unterschreibt der Kunde eine Art Schuldschein und verpflichtet sich, Zinsen zu zahlen. Wenn dieser Kunde jetzt davon ein Auto kauft und der Händler bei der gleichen Bank ist, wird das Geld

die Bank eine Forderung, jetzt hat sie nichts mehr (bezogen auf den einzelnen Kunden). Verdient hat sie lediglich die Zinsen.

Genau das haben die amerikanischen Banken gemacht: An viele, sehr viele Privatpersonen günstige Kredite

„Einige der größten Männer in den USA, auf dem Gebiet des Handels und der Herstellung von Waren, haben vor etwas Angst. Sie wissen, dass es eine Macht gibt, so organisiert, subtil, aufmerksam, verzweigt und umfassend, dass es besser ist nur zu flüstern, wenn sie ihre Stimmen gegen diese richten.“

Woodrow Wilson,
Präsident der USA, 1913 - 1921

„Irgendjemand muss jeden Dollar (oder Euro), der im Umlauf ist, bar oder nicht, leihen. Wenn die Banken reichlich „künstliches“ Geld herstellen, herrscht Wohlstand. Wenn nicht, verhungern wir. Wir haben also absolut kein nachhaltiges Geldsystem.“

Sobald man einen Blick auf das gesamte Bild wirft, erscheint die tragische Absurdität unserer hoffnungslosen Lage unglaublich, aber so ist es.“

Robert H. Hemphill,
Kreditmanager, Federal Reserve Bank Atlanta, USA

Porsche mehr. Weniger Autos, weniger Getriebe, mehr Arbeitslosigkeit in Brandenburg.

Die Zocker dieser Finanzwelt haben mal eben die Weltwirtschaft lahm gelegt. Daran werden auch die Bürgschaften für die deutschen Banken in Höhe von 400 Milliarden Euro nicht viel ändern. Das Risiko wird nur

immer wieder in Krisen stürzen.

Dass aber auch noch eine bedeutende Säule der künftigen Altersversorgung auf dieses internationale Börsenspiel setzen soll, ist eine Frechheit der Bundesregierung und ihrer „Berater“ aus der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

A. M.

Millionenspenden

Wirtschaft spendet gern für die großen Parteien

Der neueste Bericht des Bundestagspräsidenten Horst Köhler bringt es an den Tag:

Bei Spenden aus der Wirtschaft und von Privatpersonen waren die beiden „Volksparteien“ CDU und CSU die größten Nutznießer. Jedoch überweisen nicht alle Spender Geld. Der Autobauer BMW beispielsweise stellt den Parteien Autos zur Verfügung.

Bei den Finanzinstituten stehen die Christdemokraten vor allen anderen Parteien in der Gunst. Aber auch die FDP ist in diesen Spendenkreisen beliebt. Selbst die SPD muss nicht ganz auf deren Zuwendungen verzichten. Nur DIE LINKE bleibt hier fast ohne Beachtung. Ob das in Zeiten der Bankenrettungen so bleiben kann? Nachdem die Commerzbank teilverstaatlicht ist, haben derartige Finanztransfers anrühige

Züge. Denn das Parteiengesetz verbietet Spenden von Unternehmen, an denen die öffentliche Hand mit mehr als 25 Prozent beteiligt ist.

Die CDU und CSU haben im Jahr 2006 – das sind die aktuellsten verfügbaren Zahlen – zusammen rund 29 Millionen Euro an Spenden erhalten, bei der SPD waren es immerhin noch etwas mehr als zwölf Millionen Euro. Die „Partei der Besserverdienenden“ (FDP) bringt es auf ungefähr acht Millionen Euro Spenden. Die Grünen müssen sich mit rund 3,5 Millionen Euro begnügen.

Die knapp 1,9 Millionen Euro die DIE LINKE an Spenden erhalten hat, stammen überwiegend von Privatpersonen. Die Frage nach der Abhängigkeit von Parteien muss jeder für sich selbst beantworten.

A. M.

Der neue Gesundheitsfonds 2009

Fauler Kompromiss zwischen Kopfpauschale und Bürgerversicherung

Am 1. Januar ist der staatliche Gesundheitsfonds gestartet. Damit wird für alle gesetzlich Krankenkassenversicherten ein einheitlicher, von der Bundesregierung verordneter, Beitragssatz von 15,5 Prozent des Bruttogehaltes erhoben. Dies bedeutet, dass sich für neun von zehn Kassenmitgliedern die Krankenversicherung verteuert.

Der neue Einheitsbeitragsatz spült gut sechs Milliarden Euro mehr in den Gesundheitsfonds. Zusätzlich gibt der Bund vier Milliarden Euro aus Steuereinnahmen dazu. Dieser Anteil an Steuermitteln wird zum 1. Juli wegen der Reduzierung der Beitragshöhe für die Versicherten auf 14,9 Prozent um 3,2 Milliarden Euro aufgestockt, im Gegenzug reduzieren sich die Einnahmen von den Beitragszahlern entsprechend.

Positiv ist, dass die Beschäftigten im Gesundheitswesen „ein Stück vom Kuchen“ abbekommen. Auch wenn dieses nicht sehr groß ist und sich die schlechten Arbeitsbedingungen nur geringfügig ver-

bessern. Die Sorge, dass die Mittel des Fonds - kalkuliert sind 167 Milliarden Euro - nicht ausreichen, ist groß. Da die weltwirtschaftliche und arbeitsmarktpolitische Perspektive eher düster ist, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die Ausfinanzierung des Fonds scheitert und somit ein Zusatzbeitrag bei den Versicherten erhoben werden muss. Dieser Zusatzbeitrag, der 35,50 Euro pro Monat nicht übersteigen darf, ist ein weiteres Verlassen des Prinzips des paritätisch finanzierten Gesundheitswesens.

Die Arbeitgeber kommen vergleichsweise gut weg, weil für sie der Arbeitgeberbeitrag quasi eingefroren wird, die Versicherten müssen entstehende Defizite ausgleichen. Dazu kommt, dass von den 15,5 Prozent Krankenversicherungsbeiträgen die Versicherten 0,9 Prozent allein zu tragen haben. Also 7,3 Prozent Arbeitgeberanteil und 8,2 Prozent Arbeitnehmer- oder Rentneranteil. Was ist da noch sozial bzw. paritätisch?

Eine Korrektur soll es erst geben, wenn die Einnahmen

zwei Jahre unter 95 Prozent der Ausgaben liegen. Tragisch ist, dass der Gesundheitsfonds von vornherein auf eine Unterfinanzierung angelegt ist, so dass bei den Kassen nur die Wahl zwischen Leistungskürzung oder Erhebung von Zusatzbeiträgen besteht. Das ist unsozial und unsolidarisch.

Damit die Versicherten sichtbar entlastet werden, hätte der unsoziale Sonderbeitrag von 0,9 Prozent abgeschafft werden müssen. Davon würden auch die Rentner profitieren. Allerdings besteht durch den nun geschaffenen Schutzschirm die Möglichkeit, dass die Kassen bei Beitragsausfällen vorerst keine Zusatzbeiträge eintreiben müssen.

Richtig erkannt wurde, dass das Gesundheitssystem auch in schwierigen Zeiten funktionieren muss. Immerhin sind in dieser Branche rund 4,4 Millionen Menschen beschäftigt, die mehr als 250 Milliarden Euro jährlich umsetzen und somit eine erhebliche Bedeutung für die Gesamtwirtschaft darstellen.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass das Reformpaket Flickschusterei ist. Es ist ein Kompromiss zwischen Kopfpauschale und Bürgerversicherung. Der Staat muss erkennen, dass nicht alles neoliberalisiert werden und dass das Gesundheitswesen nicht nur profitabel ausgerichtet sein kann. Um der öffentlichen Daseinsfürsorge Rechnung zu tragen, muss der Staat auch andere Mittel einsetzen. Kostensen-

kung bei Arzneimitteln und Medizinprodukten muss auf die Tagesordnung kommen. Mehrkosten müssen nicht unbedingt mit einer Beitragserhöhung oder Zusatzbeiträgen kompensiert werden.

Die Einnahmequelle erweitern - Thema Bürgerversicherung - oder wie jetzt geschehen - höherer Einsatz von Steuermitteln wären zwei Möglichkeiten
A. K.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE hat den Gesundheitsfonds abgelehnt.

Der einheitliche Beitragssatz ist Augenwischerei. Durch die „Zusatzprämie“ werden nur die Versicherten, aber nicht die Arbeitgeber belastet. Mit „Wahlтарifen“ können nur Junge, Gesunde und „Besserverdienende“ Geld sparen. Damit werden der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) Mittel entzogen und Solidarität mit Älteren, Kranken und Menschen mit geringeren Einkommen ausgehöhlt.

Bei dem krankheitsorientierten Risikoausgleich werden zu wenige Krankheiten berücksichtigt. Das reicht nicht, um einen gerechten Finanzausgleich zwischen den Kassen zu gewährleisten. Krankenkassen werden versuchen, möglichst viele Junge und Gesunde zu bekommen.

DIE LINKE lehnt diesen Gesundheitsfonds ab und fordert die Einführung der solidarischen Bürgerversicherung.

Ein Besuch bei der grünen Woche in Berlin

Unser Massenhafter Fleischverzehr trägt zur Verschärfung der weltweiten Ernährungsmisere bei



Die „Grüne Woche“ in Berlin lockt jedes Jahr tausende Besucher in die Hallen rund um den Funkturm. Auch viele Brandenburger folgen dem Ruf der Agrarbranche und bevölkern das Messeparkett.

Die Präsentation von Nahrungs- und Genussmitteln als Unterhaltungsevent ist allerdings kritisch zu begleiten. Dringend notwendig ist ein Umdenken der Konsumenten von Fleisch- und Milchprodukten. Der hiesige Fleischkonsum von durchschnittlich 80 Kilogramm pro Jahr und Kopf (in der Altersgruppe zwischen 18 und 50 Jahren sind es sogar 120 Kilogramm) ist kein Zeichen von Wohlstand, sondern von massiver Fehlernährung.

Der massenhafte Fleischver-

zehr trägt direkt zur weltweiten Ernährungsmisere bei. Große Mengen an Fleisch benötigen immense Futtermittel, die aus früheren Regenwaldgebieten importiert werden. Wer beim Discounter ein Kilogramm Fleisch für weniger als drei Euro sieht, muss sich ernsthaft fragen, ob dieses Tier jemals richtig gelebt hat. Fleisch muss qualitativ besser und somit „wertvoller“ werden. Dies schliesst den sparsamen Verbrauch dieses Lebensmittels durch uns alle ein.

Generell sollte ein Umdenken im Umgang mit unseren Nahrungsmitteln erfolgen. Denn noch immer landen im Durchschnitt ein Drittel aller verderblichen Esswa-

ren im Müll und steigt der Verbrauch an Fertiggerichten und Fastfood beständig an.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kritischer-agrarbericht.de
H. J.

Fleischverzehr pro Kopf

	2006	2007
Rind- und Kalbfleisch	8,2	8,5 kg
Schweinefleisch	39,3	40,1 kg
Schaf- und Ziegenfleisch	0,7	0,7 kg
Innereien	0,2	0,1 kg
Geflügelfleisch	10,0	10,7 kg
Sonstiges	1,1	1,4 kg

Quelle: BLE; Webseite des Bundesverband der Deutschen Fleischwarenindustrie e.V.

Gefährliche Schulsanierung über PPP-Projekte

PPP bedeutet „public private partnership“ oder vielleicht doch „Pleiten, Pech und Pannen“ ?

In unserer Stadt sollen Schulen über so genannte PPP-Projekte saniert werden. PPP stammt aus Großbritannien. Unter der früheren Premierministerin Margaret Thatcher waren dort viele Staatsunternehmen verkauft worden. Private Unternehmen hatten das Schienennetz und die Wasserleitungen verrotten lassen. Die Dienstleistungen wurden schlechter und teurer. Es gab Proteste und der Staat musste privatisierte Unternehmen zurückkaufen und viel Geld in Instandsetzungsarbeiten stecken.



Turnhalle der Sprengel-Schule ist ein alarmierendes Beispiel für den Zustand an Brandenburger Bildungseinrichtungen

Ende der 90er Jahre kam Tony Blair mit seiner „New Labour Party“ und mit ihm ein anderes Konzept. „Wir privatisieren nicht“, war Blairs Versprechen. Stattdessen wurden ab 1999/2000 Mietverträge geschlossen, Mietverträge mit 20- bis 30-jähriger Laufzeit. Wie funktioniert PPP eigentlich? Ein privater Investor baut bzw. renoviert eine Schule, ein Gefängnis, ein Krankenhaus oder sonst ein „öffentliches“ Gebäude und übernimmt auch den Betrieb und die Finanzierung. Die öffentliche Hand zahlt dafür 20 oder 30 Jahre lang monatlich einen festen Betrag. Die trügerische Schönheit dieses Konzepts besteht darin, dass der Staat oder die Kommune dafür keine Schulden machen muss. Trügerisch ist diese Schönheit deswegen, weil PPP in Wirklichkeit nichts anderes als ein verdeckter Kredit ist. Und am Ende hat die öffentliche Hand doppelt so viel bezahlt, als wenn sie einen direkten Kredit aufgenommen hätte. Aber die politischen Verantwortlichen, die solche Verträge abschließen,

werden dann nicht mehr im Amt sein – sie kommen ungeschoren davon. Angeblich ist PPP billiger als eine Kreditaufnahme. Die Stadtverordneten sollen mit dem Versprechen gelockt werden, die Stadt käme billiger davon. Die Ersparnis betrage 15 Prozent, wird in vielen Fällen gesagt. Bei den Vorhaben, die in Brandenburg an der Havel für PPP vorgesehen sind, ist übrigens nur von einem Vorteil in Höhe von neun Prozent die Rede. Für neun oder sogar 15 Prozent „Ersparnis“ müssten die

Stadtverordneten so manches in Kauf nehmen: Regelmäßig ist eine Bedingung des privaten Partners der jeweiligen Kommune die absolute Geheimhaltung des Vertragsinhalts. Die Stadtverordneten erfahren nichts Genaues, sie erhalten nur eine knappe Kurzfassung des Vertrages als Beschlussvorlage. Sie würden vielleicht hellhörig, wenn sie wüssten, dass der Investor meist auf eine strafbewehrte Geheimhaltung pocht. Ein beliebtes Argument für PPP-Projekte ist der Bürokratieabbau: Es ist ja so aufwendig, die Reinigung eines Schulgebäudes zu organisieren und zu kontrollieren. Mit PPP entsteht eine private Bürokratie. Der Generalunternehmer, der durch eine öffentliche Ausschreibung gefunden wird, hat natürlich keine eigene Putzkolonie, Hausmeisterdienst, Gärtnertruppe und so weiter, sondern beauftragt andere Sub-Unternehmen für diese Dienste. Und er beauftragt die Unternehmen, die am billigsten sind. Der Generalinvestor hat nicht nur keine Putzkolonie, kei-

nen Hausmeisterdienst, keine Gärtnertruppe, sondern er hat auch kein Geld. Der Generalunternehmer bekommt das Geld dadurch, dass er einen PPP-Vertrag mit einem Gemeinwesen abschließt. Mit dem Vertrag geht er flugs zu einer Bank und verkauft ihn an diese. Er bekommt dann eine Menge Geld, mit dem er die vertraglich vereinbarten Arbeiten ausführen lassen kann und ein hübsches Sümmchen übrig behält. Die Kommune zahlt ihre Monatsbeträge an die Bank. Was ist da anders als bei einem Kredit? Und da der Generalunternehmer alle seine Rechte gegenüber der Kommune an die Bank abgetreten hat, ist er aus der finanziellen Seite des Geschäfts raus. Er wird nun seine vertraglichen Verpflichtungen irgendwie erfüllen und die Kommune gibt der Bank Geld. Abgesehen von der Laufzeit macht das eigentlich keinen Unterschied. Doch wenn der Investor Pleite geht, macht es einen großen Unterschied. Er tut dann nämlich gar nichts mehr, während die Kommune zahlt, bis die 20 oder 30 Jahre vorbei sind. Wenn der Generalunternehmer nicht Pleite

geht, läuft alles den geplanten Gang weiter. Aber die Kommune hat keine Handhabe eine ordentliche Vertragserfüllung zu erzwingen. Die Schule wird nur noch einmal wöchentlich gefegt? Die Heizung fällt aus, und es dauert mehrere Tage, bis sie repariert wird? Na und? Die Stadt schuldet dem Unternehmer kein Geld, das sie zurückhalten könnte, um ihm Beine zu machen. Sie schuldet das Geld der Bank, und die holt es sich auf jeden Fall. „Forfaitierung“ mit Einredeverzicht, heißt das im PPP-Vertrag. Auch das könnte einen wachen Stadtverordneten hellhörig machen. Deswegen darf er den Vertrag nicht sehen, dem er zustimmen soll. Ein weiterer „Vorteil“ von PPP ist der „Lebenszyklusansatz“. Das klingt so, als sei für das Gebäude gesorgt, solange es „lebt“. Tatsächlich hat der Generalunternehmer über die Laufzeit des Vertrages hinaus nur zwei Jahre Gewährleistungspflicht. Sollen Schulen nur 22 bis 27 Jahre „leben“? Wir haben in unserer Stadt Schulgebäude, die erheblich älter sind. Warum sollten Stadtverordnete so ganz ohne Misstrauen und Nachfragen einem von

der Verwaltung vorgelegten PPP-Vorhaben zustimmen? 2005 wurde im Bundestag das PPP-Beschleunigungsgesetz beinahe einstimmig verabschiedet. Der einfache Stadtverordnete im kleinen Brandenburg an der Havel muss nicht zweifeln oder nachfragen – seine Partei hat diesem Gesetz zugestimmt, da muss doch alles in Ordnung sein, oder? Aber warum hat der Bundestag seinerzeit ein solches Gesetz gemacht? Er hat die finanziellen Grundlagen des Staates damit untergraben! Nicht nur in der schon beschriebenen Weise wird der öffentlichen Hand dadurch Geld entzogen: Der Investor legt mit dem Geld, das er an einem PPP-Vorhaben verdient, einen Immobilienfonds auf. Die Ausschüttung kann er als Minus steuermindernd geltend machen. Mit jedem PPP-Auftrag organisiert der Staat, das Land, die Kommune also einen Steuerverlust. DIE LINKE meint: Eine verantwortliche Betrachtung politischen Tuns sollte alle Folgen bedenken. R. K.
*) forfaitieren = in Bausch und Bogen verkaufen; Kaufmannssprache: eine Forderung nach überschlägiger Berechnung verkaufen

Die Poliklinik kommt zurück

Mehrere Stellen planen „Gesundheitszentren“

Teilweise gibt es sie noch, die Poliklinik. Obgleich diese sinnvolle Art der Ärztekonzentration nach der Wende in den meisten Städten verschwunden ist. Jetzt will man in Brandenburg an der Havel wieder zurück zur Poliklinik, auch wenn das Ganze jetzt „Gesundheitszentrum“ heißt. Solche Gesundheitszentren werden mit unterschiedlichen Konzepten gleich von mehreren Stellen geplant. Der CDU-Mann Detlef Delfs will die ehemalige Kammgarnspinnerei in der Neuendorfer Straße wiederbeleben. Derweil will ein Zusammenschluss von verschiedenen Ärzten unabhängig planen und bauen. Das städtische Klinikum hat mit der Realisierung seiner Pläne schon begonnen. Die Gesell-

schaft ist bereits gegründet und betreibt einzelne Arztpraxen in Brandenburg an der Havel. Aus der Not, dass immer weniger Allgemeinmediziner in der Havelstadt niedergelassen sind, hat das Klinikum eine Tugend gemacht. Nur mit dem, was man unter einem Gesundheitszentrum versteht, hat das noch nicht viel zu tun. Viele Ärzte unter einem Dach, kurze Wege und gemeinsam genutzte Geräte, das sollten eigentlich die Vorteile eines solchen Zentrums sein. Der eigentliche Grund, weshalb so viele Investoren mit einem Ärztehaus namens Gesundheitszentrum liebäugeln ist aber das liebe Geld. Ärzte gelten immer noch als zahlungskräftig. In einer alternden Gesellschaft haben

Gesundheitsdienstleistungen natürlich auch eine Zukunft. Da die Stadtregierung zusammen mit der WOBRA für den Bahnhof große Pläne hat, braucht man sichere Mieter – was bietet sich da besser an als ein Generalmietvertrag mit der Klinikum-Tochtergesellschaft. Sicher, für das Klinikum kann die Rechnung aufgehen, wenn die im Gesundheitszentrum angestellten Ärzte ihre Patienten immer schön in das städtische Klinikum überweisen. Schade ist, dass das ganze Konstrukt so wenig transparent ist. Zwei städtische Gesellschaften machen Geschäfte miteinander und keiner kennt die Risiken. Sollte das Ganze schief gehen, zahlt dafür wohl der Steuerzahler. A. M.

Verlust der Freiheitsrechte in Deutschland

Ehemaliger Bundesrichter Nešković referierte über Überwachungsstaat im Bürgerhaus in der Altstadt

Drohen die Horrorvisionen eines George Orwell, Autor des Klassikers „1984“, in Deutschland Wirklichkeit zu werden?

Ein Staat, der seinen Bürgern unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung, Vorratsdatenspeicherung, Online-Durchsuchungen, Videoüberwachungen und Spähangriffe zumutet, ist auf dem besten Wege dorthin. Wolfgang Nešković, ehemaliger Bundesrichter und heutiger



Wolfgang Nešković war Richter am Bundesgerichtshof und ist seit 2005 Mitglied des Deutschen Bundestages. In Brandenburg an der Havel referierte er über Freiheitsrechte.

rechtspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag referierte zu diesem aktuellen Thema im überfüllten Saal des Bürgerhauses in der Bäckerstraße in der Altstadt. Ein äußerst geschichtsträchtiger Ort, handelt es sich doch hier um das älteste Fachwerkhaus des Landes Brandenburg.

Das Referat von Wolfgang Nešković begann mit einem historischen Abriss der Entstehung unseres Grundgesetzes. Gestützt auf seine langjährigen Erfahrungen an herausragender Stelle des deutschen Justizapparates, vermittelte er eindrucksvoll, welche realen Gefahren für die Demokratie in unserem Land durch die vorgenommene Aushöhlung von Bürgerrechten bereits heute bestehen.

Ähnlich wie im Parlament, wo Nešković mit seinen fundierten und schonungslosen Analysen Widerspruch, gerade bei konservativen Abgeordneten herausfordert, hat er in seinem gelungenen Vortrag mit rhetorischer Schärfe das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit in unserem Land aufgezeigt.



Viele Brandenburger nutzten die Gelegenheit sich vom rechtspolitischen Sprecher Wolfgang Nešković über Demokratie und Bürgerrechte informieren zu lassen und kamen in das neu eröffnete Bürgerhaus in der Altstadt.

Von vielen Bürgern kaum wahrgenommen, werden Freiheits- und Grundrechte immer weiter eingeschränkt. Was passiert eigentlich mit Rechten wie dem Schutz der Privatsphäre, der Unschuldsvermutung, der Unverletzlichkeit der Wohnung?

An zahlreichen Beispielen verdeutlichte er den schleichenden Prozess des Ein-

schränkens von Freiheitsrechten. Dies nicht, wie oft behauptet wird, um ein Horrorszenario für die Zukunft unseres Landes zu malen, sondern um seine Zuhörer nachdenklich und unruhig machen. Dies ist Nešković gelungen. Er konnte überzeugend vermitteln, wie schützenswert das hohe Gut unserer Verfassung ist.

Die rege Diskussion im Anschluss an seinen Vortrag verdeutlichte die Brisanz des Themas. Betroffenheit auf der einen Seite, der Wille sich einzumischen und aufmerksam zu machen auf der anderen Seite, sind die Reaktionen der Gäste am Ende des mehr als zweistündigen Gesprächsabends.

L. K.

Arm im Alter?

Die Renten werden enorm absinken

Dass aktuell eine öffentliche Diskussion über die Zukunft der Rentenversicherung und drohende Altersarmut so intensiv geführt wird, ist in starkem Maße ein Verdienst der LINKEN, insbesondere auch des konsequenten Auftretens ihrer Fraktion im Deutschen Bundestag. So lautete eine der Botschaften, die der Bundestagsabgeordnete Volker Schneider, rentenpolitischer Sprecher der Linksfraktion, seinen interessierten Zuhörern im Bürgerhaus Altstadt vermittelte.

Er verwies darauf, dass derzeit die Altersarmut in Deutschland im europäischen Vergleich noch relativ niedrig sei. Aber, das, was auf uns alle zukommt, sei die eigent-

liche Katastrophe. Die Renten werden enorm absinken. So ist zu befürchten, dass viele Menschen nach einem 45-jährigen Arbeitsleben zukünftig eine Rente nur noch in Höhe der heutigen sozialen Grundversicherung erhalten werden. Das entspricht rund 650 Euro monatlich. Schneider veranschaulichte eindrucksvoll, dass diese Entwicklung weder zwangsläufig noch alternativlos sei. Im Mittelpunkt der Forderungen der LINKEN steht die Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung, die sich in Deutschland über lange Zeiträume hinweg bewährt hat, und nicht die zunehmende Privatisierung. Alle eingeführten Kürzungsfaktoren müssen wieder

rückgängig gemacht werden. Erforderlich ist eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle, auch die Selbstständigen, einzahlen.

Es geht um eine Alterssicherung von mindestens 800 Euro, flexible Übergänge in den Ruhestand und eine Abkehr von der Rente mit 67, die Angleichung der Renten Ost an West. Referent Schneider machte deutlich, dass angesichts der steigenden Arbeitsproduktivität in der Wirtschaft und der zunehmenden Gewinne der Unternehmen genügend finanzielle Möglichkeiten bestehen, um die dringend notwendige Reform der Rentenversicherung hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit umzusetzen. H. M.

„Wir zahlen nicht.“

..für eure Krise: Aufruf zur Großdemonstration

Die Partei DIE LINKE gehört zu den Unterzeichnern des Aufrufs für die beiden parallel stattfindenden Großdemonstrationen am 28. März in Berlin und Frankfurt/Main. Der Parteivorstand ruft alle Mitglieder und SympathisantInnen auf, sich an den Demonstrationen unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise!“ zu beteiligen. Dazu sagte der gewerkschaftspolitische Sprecher Michael Schlecht, der für den Parteivorstand im Demo-Bündnis mitwirkt: „Es besteht die große Gefahr, dass die Lasten der Krise auf breite Teile der Bevölkerung abgewälzt werden. Die Finanzmarktkrise darf nicht zu einer neuen Runde der Umverteilung von

unten nach oben werden. Die Profiteure der Krise müssen zur Kasse gebeten werden, beispielsweise durch eine fünfprozentige Millionärsteuer auf Vermögen.“

Mit Blick auf das von der Bundesregierung vorgelegte Konjunkturpaket sagte Schlecht: „Es ist nicht mehr als der durchsichtige Versuch, mit Wahlgeschenken die Bürgerinnen und Bürger zu beruhigen. Die Maßnahmen sind ungerecht und die Binnenachfrage wird damit nicht angeschoben. Die Regierung spannt keinen Schutzschirm für Arbeitsplätze auf, sondern lässt mittelständische Unternehmen, Beschäftigte, Arbeitslose und ihre Familien im Regen stehen.“ H. H.

Neujahrsempfang im Bürgerhaus

LINKE läuten Super-Wahlkampfjahr 2009 ein

Am 2. Februar lud der Stadtverband der LINKEN in Brandenburg an der Havel zu seinem traditionellen Neujahrsempfang in das Bürgerhaus Hohenstücken ein. Zahlreiche Gäste aus Wirtschaft, Politik und Sozialwesen nutzten die Gelegenheit zum Austausch. Mehrere

Redner nutzen dieses Forum, um ein Jahr Revue passieren zu lassen und Ausblicke zu wagen. Den Anfang machte der Landtagskandidat und Vorsitzender des Stadtverbandes René Kretzschmar. In seiner Ansprache stimmte er die Anwesenden auf das Superwahljahr 2009 ein

und bekräftigte erneut den Anspruch der LINKEN, auf inhaltlich-konstruktiver und nicht auf persönlicher Ebene die politische Auseinandersetzung zu führen. Die Bundestagsabgeordnete Diana Golze (DIE LINKE) hob die Ambitionen ihrer Partei, vor allem engagiert für die sozial Schwachen zu kämpfen, hervor. Sie äußerte sich besorgt über die zunehmenden Aktivitäten rechtsgerichteter Akteure, die es zu bekämpfen gilt.

Wolfgang Thiel, Landtagsabgeordnete der LINKEN, warb in seiner Ansprache dafür, trotz vieler sozialer Schwierigkeiten auch die Energiepolitik nicht zu vernachlässigen. Nach seiner Aussage sind die Vorkommen an konventionellen Energieträgern bald erschöpft und es müssen dringend alternative Ener-



Landtagskandidat René Kretzschmar im Gespräch



Landtagspräsident Gunter Fritsch im Ideenaustausch mit Diana Golze und Alfredo Förster

gien entwickelt und genutzt werden. Nur so sei es möglich, die Standards, die wir in allen Bereichen des täglichen Lebens gewöhnt sind, zu erhalten und auszubauen.

Die Enttäuschung über die abgesagte Teilnahme der Oberbürgermeisterin Dr. Dietlind Tiemann ließ sich niemand anmerken und so kam es bei einem ausgezeichneten Büfett zu interessanten Gesprächen und vielen neuen Ideen.

I. S.

Was Wann Wo

28. Februar 2009, 9.30 Uhr
Gesamtmitgliederversammlung
TGZ, Friedrich-Franz-Str. 19

9. März 2009, 18 Uhr
Fraktionssitzung
Fraktionsräume, Altstadt. Markt 2

12. März 2009, 15 Uhr
AG Senioren
Geschäftsstelle, Altstadt. Markt 2

17. März 2009, 18 Uhr
AG Stadtentwicklung
Geschäftsstelle, Altstadt. Markt 2

18. März 2009, 9.30 Uhr
Frühstück für jedermann
Geschäftsstelle, Altstadt. Markt 2

19. März 2009, 17 Uhr
Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt ein:
Hans Modrow, Lesung
Fontane Club, Ritterstraße 69

23. März 2009, 18 Uhr
Fraktionssitzung
Fraktionsräume, Altstadt. Markt 2

28. März 2009, 12 Uhr
Demonstration in Berlin - „Wir zahlen nicht für eure Krise“
DIE LINKE unterstützt Großdemonstration gegen Krisenpolitik des Bundes. 12.00 Uhr vor dem Rothen Rathaus in Berlin.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

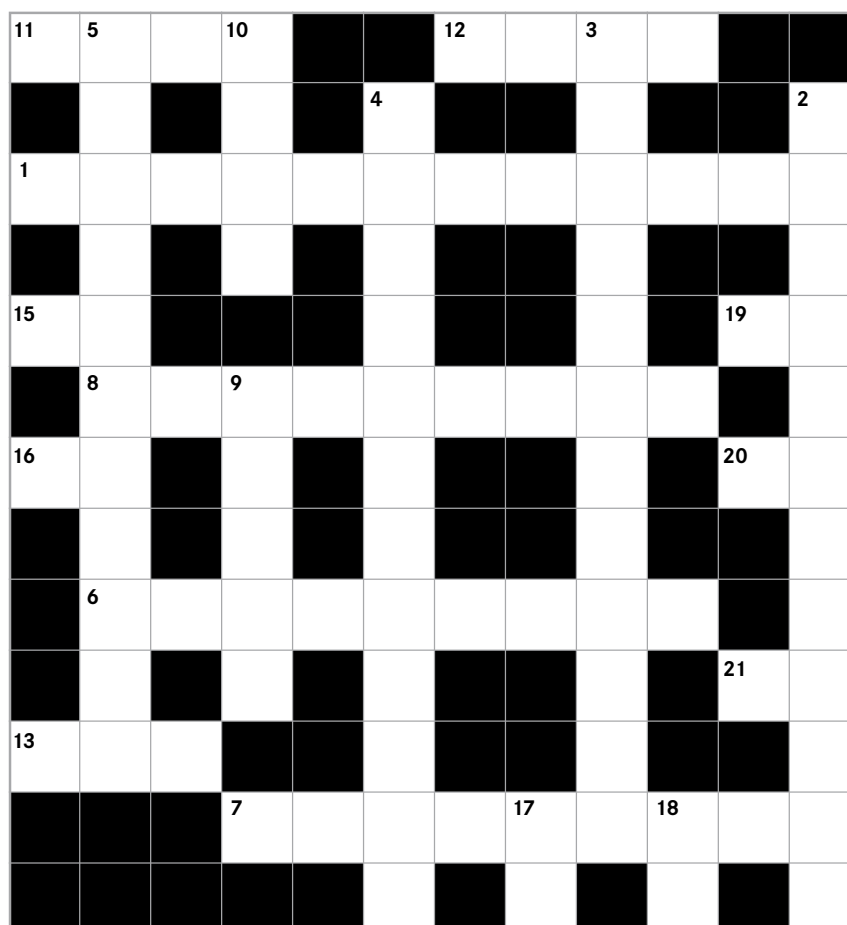
die Havelbrandung ist die Zeitung des Stadtverbandes der Linken in Brandenburg an der Havel.

Sie erscheint ab 2009 vier mal jährlich in einer Auflage von 10.000 Stück.

Wir informieren vorrangig über Geschehnisse in unserer Stadt und berichten über unsere Sicht der Dinge.

Unter der Telefonnummer: 03381/224733 können Sie die Havelbrandung bestellen. Sie erhalten dann jede Ausgabe nach Hause geliefert.

Wir freuen uns auch über Anregungen oder Kritik von Ihnen.



Waagrecht:

- 1 mexikanischer Indianerstamm
- 6 essbare Eingeweide v. Wiederkäuern
- 7 Fluss in O.-Brasilien, 2.699 km lang
- 8 Holzverkleidung an Decken und Wänden
- 11 ägypt. ibisköpfiger Gott des Mondes
- 12 asiatische Wüste
- 13 Bindewort
- 15 Spielkarte
- 16 Autokennzeichen für Hagen
- 19 Autokennzeichen für Biberach/Riß
- 20 Autokennzeichen für Mettmann
- 21 Autokennzeichen für Wernigerode

Senkrecht:

- 2 andere Bezeichnung für Karies
- 3 gutgemeinte Hilfe mit fatalen Folgen
- 4 Stachelflosser, Räuber trop. Küstengebiete
- 5 geltungsbedürft. Jugendl. d. 50 Jahre
- 9 anwidern
- 10 Bez. für festgesetzter Preis und Gebühren
- 17 Verneinung (engl.)
- 18 intern. Kennzeichen für Israel

Impressum:

HAVELbrandung . Die linke Zeitung für Brandenburg an der Havel . Ausgabe 01/2009 . Herausgeber: DIE LINKE Brandenburg an der Havel . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel V.i.S.d.P. René Kretzschmar . E-Mail: redaktion@dielinke-stadt-brb.de . Die Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung und dem Stil des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder übernimmt die Redaktion keine Haftung.
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH . Straße der Jugend 54. 03050 Cottbus . Auflage: 10.000 Stück
Bildnachweise: empty_pocket_by_playboy (stock.xchng), porträt_by_Phototom (fotolia), Volksbegehren_by_DieLinke, Kretzschmar_by_J.Schulz, 100euro_by_emmi (fotolia), Schlachthof_by_Walter Luger (fotolia), Bilder Nešković_by_DieLinke, Bilder Neujahrsempfang_by_DieLinke

Öffnungszeiten Geschäftsstelle DIE LINKE . Altstädtischer Markt 2 . 14770 Brandenburg an der Havel

Mo/Di/Do 9.00 - 17.00 Uhr . Mi 9.00 - 13.00 Uhr . Telefon 0 33 81 / 22 47 33 . Fax 0 33 81 / 22 99 61 . Web www.dielinke-stadt-brb.de . E-Mail info@dielinke-stadt-brb.de